

Jerusalem zwischen Israelis und Palästinensern – eine Tagung in Tutzing

Unfriede durch wachsende Religiosität

Auf Jerusalem erheben die abrahamitischen Religionen Anspruch und in ihrem Gefolge die Politiker. Massaker und Kompromiß, Krieg oder Arrangements liegen dicht beieinander. Mit der Thematik beschäftigten sich Wissenschaftler und Journalisten auf einer Tagung „3 000 Jahre Jerusalem“ der Evangelischen Akademie in Tutzing (18. – 20. April 1997). Über das himmlische Jerusalem, das dem Wirken und Vollenden Gottes anheimgestellt werden muß, wurde es dabei schnell konkret. Es zeigte sich, daß schon die Jahreszahl und die damit abgeleiteten Ansprüche auf die Stadt zwischen Israelis und Palästinensern umstritten sind.

Für *Micha Brumlik*, Erziehungswissenschaftler an der Universität Heidelberg, ist das jüdische Volk von der Religion nicht zu trennen. Eretz Israel (Land Israel) spielt für die Juden eine zentrale Rolle. Ebenso wie Moshe Zimmermann vertrat auch Brumlik die These, daß der Zionismus von einem religiösen Postzionismus abgelöst worden sei. Mit dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 wurden heilige Bestandteile Israels zurückerobert wie die Westbank, die in religiöser Terminologie Judäa und Samaria genannt wird, und Ost-Jerusalem, so Brumlik.

Jehuda Kook und sein Sohn Zvi Jehuda Kook maßen dieser Eroberung heilsgeschichtliche Dimensionen bei. Diese Interpretation wurde mit der Regierungsübernahme durch Menachem Begin und Yitzhak Shamir in eine expansive Siedlungspolitik umgesetzt. Die geopolitische Siedlungspolitik zusammen mit den religiösen Einwanderern aus den USA sowie die Säkularisierung in Israel bildeten fortan das neue Israelbild, das von Herzls Vision abwich, so Brumlik. Dies hatte zur Konsequenz, daß das zionistische Projekt einer modernen Staatsgründung durch die religiösen Fundamentalisten

abgelöst wurde. An die Stelle der Souveränität des Volkes tritt die Souveränität Gottes. Der Staatsbegriff wird durch den biblischen Begriff „Eretz Israel“ abgelöst, und an die Stelle des Staates tritt das Volk Gottes.

Wie Brumlik so war sich auch *Moshe Zimmermann* nicht sicher, ob die säkularen Zionisten noch die Kraft haben, den Rückfall in die ethnozentrisch-religiöse Variante des Zionismus aufhalten zu können. Israel befinde sich in einem Prozeß der Rereligosisierung, so Zimmermann. Dadurch wird der Konflikt um Jerusalem zu einem religiösen. Für den Zionismus ist Jerusalem eine Art „Tarnbezeichnung“, für die Orthodoxen dagegen ist die Stadt heilig. Was Jerusalem zur „heiligen Stadt“ mache, sei die Vorstellung davon. Wie schwer das Jerusalem-Problem zu lösen sein wird, machte Zimmermanns Frage deutlich: „Was tut man mit Jerusalem in einer Gesellschaft, die sich weiter religiosisiert?“

Ohne Alternative?

Die Mehrzahl der Referenten sprach von der Alternativlosigkeit des Friedensprozesses. Bei genauerem Nachfragen und der Analyse der Vorgänge vor Ort war man sich da nicht mehr so sicher. Insbesondere die Professorin *Sumaya Fathat-Naser* von der Birzeit Universität in Palästina warnte vor der Gefahr, daß der nationale Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ein religiöser werden könnte. „Dies wäre eine Katastrophe.“

Nach Farhat-Naser versuchen die Israelis den Palästinensern aus Ost-Jerusalem durch administrative und damit „legale“ Weise ihr Wohnrecht abzusprenken. „Die Palästinenser in Jerusalem haben den Status von Ausländern.“ Für sie bedeutet die Änderung von Grenzen in Jerusalem „Terror“.

Damit der Konflikt um Jerusalem nicht eskaliert, müsse sich die internationale Staatengemeinschaft einmischen. „Europa trägt eine Mitschuld an unserer Lage.“ Abschließend betonte Farhat-Naser das Recht der Palästinenser auf einen eigenen souveränen Staat.

Einen solchen forderte auch die israelische Rechtsanwältin *Felicia Langer*, die seit fünf Jahren in Tübingen lebt. Nach ihr leben die Palästinenser in „Heimlands von Israels Gnaden“. Israel verweigere bis heute den Palästinensern elementare Rechte. Nach den Ursachen und der Bekämpfung des Terrors gefragt, antwortete Frau Langer, daß man Frieden mit Gerechtigkeit verwirklichen müsse; dadurch entziehe man dem Terror die Grundlage.

Nach ihr ist die israelische Regierung nicht konsequent gegen die Rechte und ihre Gewaltmaßnahmen vorgegangen. Rhetorisch fragte sie, was dies für ein Frieden sei, in dem weiter von Israel gefoltert würde. „Aber auch die palästinensische Behörde hat diese schreckliche Tradition von uns übernommen.“

Bei der Fülle der Vorträge kam die Diskussion zu kurz. Wegen des überraschenden Konsenses über den Friedensprozeß kam es nicht zu kontroversen Debatten. Auch die geladenen Referenten aus Israel repräsentierten nicht die gegenwärtigen politischen Gegebenheiten in Israel. Selbst ein moderater Likud-Repräsentant hätte wohl viel Widerspruch provoziert.

Aus den Ausführungen der Palästinenser wurde deutlich, daß der Friedensprozeß ihnen wenig Positives gebracht hat. Keiner hatte jedoch den Mut, deshalb sein Ende zu fordern oder eine radikale Neubewertung zu verlangen. So blieb es bei Beschwörungen eines Prozesses, von dem keiner wußte, ob er überhaupt noch existiere.

Ludwig Watzel

1a